



Aktuelle Debatte

—

Fraktion SPD

Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier - Zwischenbilanz nach dem Antragsstopp?

Es wird beantragt, zur 17. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt am 26./27. Januar 2023 eine Aktuelle Debatte zum o. g. Thema durchzuführen.

Begründung

Das Ende der Braunkohleverstromung ist noch mehrere Jahre entfernt, aber rückt unausweichlich näher. Damit verbunden sind absehbar große strukturelle Veränderungen im Mitteldeutschen Revier im Süden von Sachsen-Anhalt. Um diese Veränderungen abzufedern, erhält das Land Sachsen-Anhalt insgesamt 5,1 Mrd. € aus Mitteln des Bundes (Investitionsgesetz Kohleregionen - InvKG) und der Europäischen Union. Diese Mittel sollen zur Schaffung einer attraktiven wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur in den Landkreisen Anhalt-Bitterfeld, Burgenlandkreis, Mansfeld-Südharz und Saalekreis sowie der Stadt Halle genutzt werden, um das Revier über das Jahr 2038 hinaus lebenswert zu halten.

Allerdings ist der Weg dahin noch mit zahlreichen Hürden verbunden. Zuletzt wurde am 24. Dezember 2022 ein vorläufiger Antragsstopp für die Förderrichtlinie „Sachsen-Anhalt REVIER 2038“, mit der Projekte aus dem 1. Arm des InvKG finanziert werden sollen, bekanntgegeben. Damit liegt ein Fördervolumen von insgesamt 1,6 Mrd. € vorerst auf Eis. Hintergrund sind Unklarheiten über die Verteilung der Mittel in den genannten Landkreisen. Zusätzlich haben die allgemeinen Preissteigerungen im letzten Jahr dafür gesorgt, dass die Landkreise bei bereits geplanten Projekten wieder den Rotstift ansetzen müssen.

Die SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt sieht es daher als notwendig an, eine Aktuelle Debatte zum weiteren Weg des Strukturwandels im Mitteldeutschen Revier zu führen.

Gegenstand der Debatte sollen dabei unter anderem sein:

- die notwendigen Schritte zur Schaffung eines wirtschaftlich attraktiven (Kern-)Reviere abseits der Braunkohle,
- die Förderpolitik unter den beschriebenen Schwierigkeiten und
- die weitere Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern bei den politischen Entscheidungen zum Strukturwandel.

Es gilt jetzt kritisch Zwischenbilanz zu ziehen, ob diese Ziele mit den bislang eingesetzten Mitteln erreicht werden.

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitz